

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Mai 2020

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Alfred de Zayas: Priorität ... Leben retten –Sanktionen weltweit verurteilen**
- **Pierre Lévy: Serbien: Verschiebung der Wahlen, die Popularität des Präsidenten bleibt hoch**
- **Marcel Kunzmann: Kuba schafft sich seine eigene Moderne, zum Trotz ...**
- **Andreas von Westphalen: Grenzenlose Solidarität**
- **solidarwerkstatt.at: Austerität tötet**
- **IPPNW und IALANA zur nuklearen Teilhabe**
- **Jochen Krautz: Zur Erinnerung: Bildendes Lernen braucht Schule und Unterricht**
- **Oskar Lafontaine: 756 Milliarden Euro Rettungspaket – wer soll das bezahlen?**
- **Norbert Häring: Corona-Kapitalismus in ... Reinform**
- **Thomas Kruchem: Das Dilemma der WHO**
- **Paul Robert Vogt: Interview zum Thema Corona**
- **Gerald Oberansmayr: Von der Gesundheits- zur Demokratiekrise?**
- **Wilhelm Langthaler: Italien: "Die deutsche Erpressung: EZB-Schuldenkauf gegen ESM-Durchgriffsrechte"**
- **Verhältnis- und Rechtmäßigkeit von Grundrechtseinschränkungen wegen Corona**
- **Mehr Demokratie e.V.: Corona - Das Virus und die Demokratie: Unsere Forderungen**
- **Christian Fischer: Dezentrale Organisation und Produktion zum Wohle aller – nicht nur in Notzeiten**

Zitat des Monats von [Michel de Montaigne](#):

Das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst.

Editorial

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe ist auch bei uns das breite Thema Corona. Zu Beginn gehen wir noch auf andere internationale Themen ein. Mit den **widerrechtlichen Wirtschaftssanktionen** und ihren fatalen Wirkungen befasst sich Alfred de Zayas. Ein Versuch Russlands, dies zu beenden, ist **im UN-Sicherheitsrat blockiert** worden. Pierre Lévy beschreibt die **Situation in Serbien**, wo Präsident Vucic bisher erfolgreich und mit zunehmender chinesischer Hilfe sein Land durch die Krise steuert. Ebenfalls wenig hört man über **Kuba**, wo eine langsame Modernisierung stattfindet und das Gesundheitssystem gut auf die Corona-Pandemie reagiert. Das leitet über zum Hauptthema.

Andreas von Westphalen schildert eindrucksvoll, dass und wie **solidarisches Verhalten** der Menschen über die Gesundheit entscheidet. Wenig solidarisch sind dagegen andere Aktivitäten wie die **Austeritätspolitik**, die das Gesundheitswesen in vielen Ländern schwer beschädigt hat, sowie die **Beschaffung atomar bestückbarer Kampfflugzeuge** und die **Digitalisierung des Bildungswesens**, die im Windschatten der Krise vorangetrieben werden.

Oskar Lafontaine warnt davor, dass die **Kosten der Corona-Krise** bald auf die unteren Einkommensschichten abgewälzt werden könnten. Ähnliche Auswirkungen schildert Norbert Häring für die **USA**. Die Rolle der **WHO** im Allgemeinen und von **Bill Gates** im Besonderen beleuchtet Thomas Kruchem. Für eine frühzeitige **Prävention** und eine **internationale wissenschaftliche und auch politische Zusammenarbeit** plädiert der Schweizer Arzt Prof. Vogt.

Auf die politischen Gefahren einer Festigung der **Macht der EU-Eliten** durch die Corona-Krise weist Gerald Oberansmayr hin. Am Beispiel Italiens illustriert der nächste Beitrag diese Gefahr. Ex-Innenminister Baum, Anwalt Gazeas und Ex-Verfassungsgerichtspräsident Papier betonen in ihren Beiträgen, dass die zeitweiligen **Einschränkungen genau auf verfassungsmäßige Korrektheit hin zu prüfen** und zu gestalten sind. **Konkrete politische Forderungen** in diesem Sinne formuliert der Verein 'Mehr Demokratie'. Abschließend stellt Christian Fischer dar, dass die Krise die **globalen Abhängigkeiten deutlich** macht und so auch die Notwendigkeit, mindestens **grundlegende Produktionen und Dienstleistungen möglichst dezentral** zu organisieren und bereitzustellen.

[Inhalt](#) ↑

- Alfred de Zayas: **Priorität muss sein, jetzt Leben zu retten – die weltweite Verurteilung von Sanktionen muss folgen**

Alfred de Zayas, Experte auf dem Gebiet der Menschenrechte und des Völkerrechts, äußert sich zu der Anwendung von Sanktionen: "Natürlich verstoßen der herrschende Wirtschaftskrieg gegen Kuba, Nicaragua, Venezuela, Syrien, Iran, Nordkorea [verbunden mit] finanzieller Blockade und erstickenden Wirtschaftssanktionen gegen die UN-Charta, zahlreiche internationale Verträge, insbesondere Menschenrechtsverträge wie den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte, den Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte [sowie] die Kinderrechtskonvention. Sie verstoßen auch gegen das völkerrechtliche Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und gegen das Interventionsverbot (das nicht nur für militärische Interventionen, sondern auch für nichtkonventionelle, hybride Kriegsführung gilt).

[Es ist erwiesen, dass Sanktionen töten](#) – nicht nur unilaterale Zwangsmaßnahmen, sondern sogar unkluge UN-Sanktionen wie die gegen den Irak 1991 – 2003, die zum Tod von über einer Million Irakern, zum Tod durch Unterernährung, zu mangelndem Zugang zu sauberem Wasser, Medikamenten, medizinischer Ausrüstung usw. führten. ...“ Zur Leistung humanitärer Hilfe führt de Zayas aus: “Echte humanitäre Hilfe muss jedoch unpolitisch sein, darf nicht an Bedingungen geknüpft sein und darf nicht Teil von hintergründigen geopolitischen Strategien des ‘Regime change’ sein.“ Und weiter zu Sanktionen: “Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für die internationale Gemeinschaft, die in der UN-Charta enthaltenen Prinzipien des Multilateralismus zu bekräftigen und zu fordern, dass unilaterale Zwangsmaßnahmen, die Tod und Leid verursachen, vom Internationalen Strafgerichtshof als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt werden.“

Eine Reihe von Ländern hat im UN-Sicherheitsrat einen von Russland vorgeschlagenen [Resolutionsentwurf blockiert, der u.a. zur Abschaffung von einseitigen Sanktionen aufruft](#), die Staaten beim Kampf gegen das Coronavirus behindern. Bei Annahme des Entwurfs hätten sich die im Sicherheitsrat vertretenen Staaten auch damit einverstanden erklärt, miteinander und mit der WHO zusammenzuarbeiten, u.a. um Mittel für den Kampf gegen die Ausbreitung und zur Behandlung von CoVid-19 zu erarbeiten.

[Alfred-Maurice de Zayas](#), Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Pierre Lévy: **Serbien: Verschiebung der Wahlen, die Popularität des Präsidenten bleibt hoch**

Die für den 26.04.2020 vorgesehenen Wahlen zum serbischen Parlament konnten wegen des Coronovirus nicht stattfinden. Im April 2016 hatte Vucic 50% der Stimmen erhalten. Jetzt wären es möglicherweise 65% geworden.

Pierre Lévy zeigt in seinem Artikel auf, wie der serbische Präsident Vucic mit seiner ‘Serbischen Fortschrittspartei’ einen Spagat zwischen seinen Partnern im Westen und denen im Osten vollführt und wie es ihm bisher gelungen ist, diesen zugunsten seines Landes und der Bürger durchzuhalten.

Einerseits versucht er, den Reformvorstellungen der EU nachzukommen, andererseits trägt er aber auch [der emotionalen Verbundenheit der Serben mit Russland Rechnung](#). Zudem investiert neuerdings auch China in einige Sektoren des Landes. Aufgrund der chinesischen Hilfe konnte auch die Covid-19-Pandemie eingedämmt werden. Das Image der EU hat in dieser Zeit dagegen gelitten. Die Senkung der Arbeitslosigkeit auf weniger als 10% und der Bau neuer Infrastrukturen sind innenpolitische Erfolge Vucics.

[Pierre Lévy](#), Jg. 1958, Journalist, ehemaliger Redakteur bei der Tageszeitung ‘L’Humanité’ (1996-2001), ehemaliger Gewerkschafter bei ‘CGT-Métallurgie’. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Marcel Kunzmann: **Kuba schafft sich seine eigene Moderne, zum Trotz aller von außen herangetragenen Wunschvorstellungen**

Marcel Kunzmann, der sich immer wieder in Kuba aufhält, [stellt im Interview die aktuelle Situation in Kuba dar](#). Lt. Kunzmann ist die Sicht der Medien auf Kuba von einem starken Zwiespalt geprägt: einerseits romantisch verklärt und andererseits dämonisiert zu werden. Das reale Leben ist stark von der seit mehr als 60 Jahren bestehenden Wirtschaftsblockade der USA geprägt, aber die Insel stehe nicht vor einem radikalen Umbruch, der die politische Vorherrschaft der USA wiederherstellt. Dass moderne Technik und die Digitalisierung von den meisten Kubanern nicht nur stürmisch begrüßt wird, sondern wie in anderen Ländern auch zur Entwicklung der

Wirtschaft und damit der Steigerung des Lebensstandards beiträgt, ist unübersehbar. Aber auch wenn sich in den letzten 10 Jahren die Straßen Havannas mit mehr Restaurants, Kiosken, Internetnutzern und moderneren Fahrzeugen bevölkert haben, so hat dies nicht dazu geführt, dass Dinge, die man als typische Merkmale der kubanischen Kultur bezeichnen würde, auf einmal verschwunden sind.

Im Umgang mit der Corona-Pandemie kann Kuba die Stärken seines steuerfinanzierten Gesundheitssystems ausspielen. Dazu gehört vor allem das dichte Netz aus 13'000 Familienärzten und 450 Polikliniken, die vor Ort den Hauptbeitrag bei der Prävention und Behandlung von Patienten leisten. Es mangle zwar an (vor allem moderner) Ausrüstung und Medikamenten, aber nicht an Personal. So wurden mehrere tausend Medizinstudenten mobilisiert, um von Haus zu Haus zu gehen und eventuelle Verdachtsfälle sofort zu melden und falls nötig zu isolieren. Durch frühes Schließen der Landesgrenzen für den Fremdenverkehr und "Shutdown" des öffentlichen Lebens wurde die ungebremsste Ausbreitung des Virus gestoppt. Die jahrzehntelange Erfahrung mit Krankheiten wie Dengue und Zika, aber auch die Erfahrung der Ärzte aus Auslandseinsätzen kommen dem Land zugute.

[Marcel Kunzmann](#), Jg. 1992, absolviert derzeit sein Masterstudium der interdisziplinären Lateinamerikastudien an der Freien Universität Berlin. Er schreibt über Kuba auf seinem Blog [Cuba heute](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Andreas von Westphalen: **Grenzenlose Solidarität**

Für Andreas von Westphalen wird die Corona-Krise zum Test, ob wir in einem dauerhaften neoliberalen Wettbewerb leben wollen, der stets nach Siegern giert und Verlierer fordert und in Zeiten einer Pandemie zwangsläufig die Anzahl der zu beklagenden Toten erhöhen wird – oder ob sich die Menschen als lernfähig erweisen und [die Forderung der Zeit verstehen: grenzenlose Solidarität](#). Welches beeindruckende Potential Menschen an Solidarität haben können, zeigt ein Beispiel aus Großbritannien.

Nur wenige Stunden nachdem die britische Regierung die Bevölkerung um freiwillige Mitarbeit im Gesundheitsdienst gebeten hatte, meldeten sich 158'000 Briten. Insgesamt wurden es dann mehr als eine halbe Million freiwillige Helfer – denn [der entscheidende Faktor für die menschliche Gesundheit](#) ist weniger, was man an menschlicher Wärme und Nähe empfängt, sondern wie viel Mitgefühl man selbst empfindet und wie sehr man sich selbst um andere kümmert; also kurz: das eigene altruistische Verhalten.

[Andreas von Westphalen](#), Jg. 1972, studierte Vergleichende Literaturwissenschaft, Neuere Germanistik und Philosophie in Bonn, Oxford und Fribourg. Er ist als Theater- und Hörspielregisseur und Journalist tätig. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- solidarwerkstatt.at: **Austerität tötet**

Die [EU hat mit ihren Austeritätsvorgaben die Gesundheitssysteme in vielen EU-Staaten schwer geschädigt](#), sodass nun insbesondere Italien, Spanien und Griechenland hoch verletzlich dieser Pandemie gegenüberstehen. In Italien wurden in den letzten Jahren auf EU-Geheiß die Zahl der Krankenhäuser um 20% und die Bettenzahl um 28%, also um 258 Krankenhäuser bzw. 75'000 Betten reduziert. Die Zahl der Menschen nahm im gleichen Zeitraum um 3 Millionen zu. In Spanien sind die Betten allein in Madrid um 3'000 reduziert worden. In Griechenland mussten die Gesundheitsausgaben halbiert werden. Zum Vergleich: In Italien gibt es mittlerweile nur mehr 3,2 Betten auf 1'000 Einwohner; in Frankreich sind es 6, in Deutschland 8.

Draghi, Merkel und Schäuble haben 2011 [die in Not geratene italienische Regierung so lange erpresst](#), bis sie ihre Ausgaben für das Gesundheitswesen zusammenstrich.

In Deutschland sind die [Krankenhausbetten von 1967 bis 2017 um 138 je 100'000 Einwohner](#) und die [Krankenhäuser von 2000 bis 2017 um insgesamt 300](#) reduziert worden.

Die *'Solidarwerkstatt'* ist eine antimilitaristische Initiative, die für ein aktiv neutrales Österreich und eine solidarische Gesellschaft eintritt und die EU als Instrument von Großkonzernen und des Militärs ablehnt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

• IPPNW und IALANA äußern sich zur nuklearen Teilhabe Deutschlands

In einem Offenen Brief wenden sich die Ärzte des IPPNW an die Kanzlerin, die Verteidigungsministerin und den Außenminister des Bundes und fordern, derzeit keine Entscheidung über die milliardenschwere Anschaffung von Eurofightern und F/A-18-Kampfflugzeugen zu fällen. Insbesondere mit dem Kauf der F/A-18 sei auch die Entscheidung über die nukleare Teilhabe verbunden, die nicht ohne öffentliche Debatte gefällt werden dürfe, die derzeit nicht geführt werden könne. [Die Ärzte erinnern daran, dass die große Mehrheit der Deutschen die Stationierung von Atomwaffen in Deutschland ablehnt.](#) Zudem mache der gegenwärtige Einsatz lebenswichtiger Ressourcen im Kampf gegen Corona die Verantwortungslosigkeit der Investition von Milliarden öffentlicher Gelder in Massenvernichtungswaffen besonders deutlich.

[Die IALANA hält in ihrer Erklärung fest:](#) "Obwohl alle Nicht-Atomwaffenstaaten in Art. II Nichtverbreitungsvertrag (NPT) und Deutschland zusätzlich in Art. 3 des sog. Zwei-Plus-Vier-Vertrages vom 12.09.1990 völkerrechtlich verbindlich auf jede unmittelbare und mittelbare Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichtet haben, wird innerhalb der NATO weiterhin die nukleare Teilhabe praktiziert." Aber "Belege für das völkerrechtlich wirksame Zustandekommen eines förmlichen Vorbehalts zu Art. II des NPT sind der Öffentlichkeit bislang nicht vorgelegt worden".

IALANA hält es für wenig wahrscheinlich, dass sich Deutschland nicht an einem vom US-Präsidenten freigegebenen Atomwaffeneinsatz beteiligt, auch wenn die Entscheidung darüber angeblich "immer beim Bundeskanzler" liege.

Die Behauptung, die Abschreckungslogik mittels der Atomwaffen funktioniere auf der Basis hinreichend zur Verfügung stehender Informationen und auf ausschließlich rationalen Entscheidungen, könne nicht stimmen, wenn man einen "irrationalen" Gegner abschrecken wolle. Ein Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe der NATO sei auch deshalb geboten, weil die USA von dem Kurs der begrenzten nuklearen Abrüstung abgerückt sei und unverhohlen die Strategie verfolge, dass ein Atomkrieg führbar und gewinnbar sei. Zudem seien menschliche Fehleinschätzungen oder technisches Versagen (z.B. in der Informationsübertragung; Red.) nicht auszuschließen.

Es treffe auch nicht zu, dass Deutschland mit dem Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe sein Mitspracherecht verliere. Und es gebe mit Kanada und Griechenland Beispiele eines Ausstiegs aus der nuklearen Teilhabe und der Tatsache, dass die USA ihre Atomwaffen von deren Boden abgezogen haben.

IALANA erinnert die Bundesregierung an ihre Verpflichtung nach Art. 20 Abs. 3 GG "Entscheidungen zu unterlassen, die gegen bindendes Völkerrecht und das deutsche Recht verstoßen". "Ein Beschluss zur Modernisierung der Trägersysteme in Büchel und zum Ankauf von US-amerikanischen F-18-Jagdbombern wäre mit diesem Beschluss und den Geboten des Grundgesetzes und des internationalen Rechts unvereinbar."

Der [IPPNW](#), eine Vereinigung von Ärzten und Psychotherapeuten, setzt sich für die Ächtung jeglichen Krieges, für gewaltfreie, zivile Formen der Konfliktbearbeitung, für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen und die gerechte Verteilung der Ressourcen, sowie für ein soziales und humanes Gesundheitswesen ein. (Red.)

[IALANA](#) wurde 1988 als internationale Juristen-Initiative gegen Atomwaffen gegründet. 1989 folgte die Gründung der deutschen Sektion als gemeinnütziger Verein. Der Aufgabenbereich

wurde später erweitert auf biologische und chemische Waffen und um die gewaltfreie Friedensgestaltung, die an die UN-Charta und das Friedensgebot des Grundgesetzes anknüpft. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Jochen Krautz: **Zur Erinnerung: Bildendes Lernen braucht Schule und Unterricht**

Ganz in der Art des "Change Managements" nutzt Bildungsministerin Anja Karliczek die Corona-Krise, um die Digitalisierung der Schulen voranzutreiben: Die Schocksituation wird zur Verunsicherung der Menschen genutzt, um dann das alternativlos Neue, die gewünschte Änderung, als Lösung preisen und installieren zu können, wobei Kritiker als rückständige Bedenkenträger abgestempelt werden. Doch selbst Andreas Schleicher (PISA) räumt ein, dass "[Schule im Homeoffice dauerhaft keine gute Idee](#) ist. Lernen ist ein Prozess, der viel mit der Beziehung von Lehrern und Schülern zu tun hat. Und für diese Beziehung braucht es echten Kontakt". Nach Krautz braucht bildendes Lernen Schule und Unterricht in Realpräsenz, um interpersonalen Dialog mit und empathische Resonanz von fachkompetenten Lehrpersonen zu ermöglichen. Dies können die wenigsten Eltern bieten, weil ihnen die fachlichen Voraussetzungen fehlen, um die Sache zu vermitteln, deren Sinn die Schüler verstehen können sollen.

Digitales Lernen kann nur aufgrund von Reiz und Reaktion dazu animieren, Informationen zu beschaffen, auszuwerten, zusammenzustellen, anzuwenden und/oder auswendig zu lernen. Das sinnhafte Verstehen sowie das Teilen und Mitteilen von Vorstellungen einer Sache als Grundvoraussetzung für verantwortliche Selbstständigkeit im Denken und Urteilen, im Sagen und Handeln ist per digitalen Medien nicht erreichbar. Das ist nur im Austausch der Schüler untereinander und mit dem Lehrer möglich.

[Jochen Krautz](#), Jg. 1966, studierte Kunst, Latein und Erziehungswissenschaften, promovierte in Kunstpädagogik; von 2008 bis 2013 Professor für Kunstpädagogik und Kunstdidaktik an der Alanus-Hochschule in Alfter, seit 2013 Professor für Kunstpädagogik an der Bergischen Universität Wuppertal; seit 2010 Beiratsmitglied in der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Oskar Lafontaine: **756 Milliarden Euro Rettungspaket – wer soll das bezahlen?**

Oskar [Lafontaine kommentiert das Milliarden-Rettungspaket](#): "Der Bundestag hat gerade ein Corona-Hilfspaket von insgesamt 756 Mrd. Euro beschlossen. Um Himmels willen, wer soll das bezahlen? Die Antwort ist einfach: Beendet die überflüssige Beteiligung an Kriegen. Stoppt die Aufrüstung und das absurde 2%-Ziel der NATO. Versteuert endlich große Erbschaften und Vermögen. Und stoppt die Steuerhinterziehung der Reichen. Die Gefahr ist groß, dass die Leute mit geringem oder durchschnittlichem Einkommen und kleine und mittlere Betriebe und Selbständige, die gerade so über die Runden kommen, wie schon in der Banken-Krise wieder die Zeche zahlen. Die wachsenden Zustimmungswerte zu den neoliberalen Regierungsparteien zeigen, dass die verängstigte Bevölkerung schnell vergisst, wer Sozialabbau, Lohndrückerei, Rentenkürzungen, das Privatisieren und Kaputtsparen des Gesundheitssystems und die himmelschreiende Umverteilung von unten nach oben durch ein ungerechtes Steuersystem als 'alternativlos' durchgesetzt hat."

[Oskar Lafontaine](#), Jg. 1943, 1985 bis 1998 Ministerpräsident des Saarlandes. Im März 1999 legte er alle seine bisherigen politischen Ämter (Bundesfinanzminister, SPD-Vorsitz) aus Kritik am rot-grünen Regierungskurs von Gerhard Schröder nieder. Von 2007 bis 2010 war er Parteivorsitzender der neugebildeten Partei DIE LINKE. Heute Publizist. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Norbert Häring: **Corona-Kapitalismus in den USA: hier zeigt er sich in Reinform**

Während 22 Millionen Bürger der USA in Armut und Not stürzen, werden die vier größten Krisengewinner des Landes um schwer zu erfassende 47 Mrd. Dollar reicher; umgelegt wären das immerhin rund 150 Dollar für jeden der 327 Millionen US-Amerikaner oder 2'000 Dollar für jeden in den vier Wochen bis Mitte April arbeitslos gewordenen US-Bürger. Die zehn Reichsten können ihr unfassbares Vermögen immerhin halten. Relativ wurden auch sie damit reicher und mächtiger. Denn mit ihrem unangetasteten oder sogar noch gestiegenen Vermögen können die Oligarchen der USA und ihre Unternehmen die Unternehmen im Rest der Welt und der USA, deren Wert relativ zu ihrem eingebrochen ist, billig aufkaufen.

Zudem können Finanzinstitute und die größten Unternehmen mit billigem Zentralbankgeld rechnen, während kleinere Unternehmen etwas Hilfe vom Kongress bekommen und Bürger einmalig einen Scheck über 1'200 Dollar bekommen, egal wie prekär ihre Situation ist. In Deutschland ist das nicht viel anders, nur nicht ganz so extrem.

[Um wieder den Menschen in den Vordergrund zu rücken](#), sind nach Norbert Häring primär die Eigentumsrechte auf das zurückzuschneiden, was für die freie, selbstbestimmte Entfaltung der Menschen und ihrer Potentiale notwendig und hilfreich ist.

In der Viruskrise spitzt sich die finanzielle Situation vieler US-amerikanischer Haushalte dramatisch zu. [Fast jeder dritte US-Bürger wird im Corona-Lockdown Schwierigkeiten bekommen](#), seine Rechnungen zu begleichen. In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Pew Research sagten jetzt 32% der Befragten, dass sie voraussichtlich schon im April Zahlungen schuldig bleiben müssen. Bei den US-Amerikanern mit niedrigem Einkommen sehen sich in diesem Monat sogar 53% der Erwachsenen in finanziellen Engpässen. Seit Mitte März haben 22 Millionen US-Bürger Erstanträge auf Arbeitslosenhilfe gestellt. Analysten von 'Goldman Sachs' rechnen damit, dass die Erwerbslosenquote von 3,5% auf 15% hochschnellen wird. Das US-Bruttoinlandsprodukt könnte im ersten Quartal um annualisiert 9% fallen, gefolgt von einem Absturz um 34% im zweiten Quartal.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Kruchem: **Das Dilemma der WHO**

Früher lebte die WHO überwiegend von Pflichtbeiträgen der Mitgliedstaaten – bemessen nach Bevölkerung und Sozialprodukt. 1993 jedoch setzten die USA durch, dass die Pflichtbeiträge eingefroren wurden. Deren Anteil am Budget der WHO sank daraufhin kontinuierlich – auf heute gerade noch 20%. [Zu 80% ist die WHO abhängig geworden von Spenden wohlhabender Regierungen, Stiftungen und Pharma-Unternehmen](#). Fast alle diese Spenden seien zweckgebunden. Allein die Spender bestimmen, wofür die WHO Geld ausgeben dürfe und wofür nicht.

Die Gates-Stiftung investiert ihr Geld vor allem in technische Maßnahmen gegen Infektionskrankheiten. Sie investiert in Impfkampagnen und die Verteilung von Medikamenten oder Malarianetzen, da solche Maßnahmen schnell messbare Erfolge zeigen. Das aber führe dazu, dass andere wichtige Aufgaben vernachlässigt werden, wie zum Beispiel der Aufbau funktionierender Gesundheitssysteme in armen Ländern. Das von Bill Gates gespendete Geld stammt von seinem Gewinn aus Anlagevermögen. Er legt sein Kapital in bestimmten Industriezweigen an, die fast alle etwas zu tun haben mit krankmachenden Bedingungen (Nahrungsmittel, Supermarkt- und Alkoholkonzerne; Pharmakonzerne).

[Die Weltgesundheitsorganisation WHO ist heute faktisch privatisiert](#): Der größte Teil der Finanzen für das WHO-Budget wird aus der Privatwirtschaft und von den fachlich naheliegenden Pharma-Konzernen, aber auch von Lebensmittelkonzernen eingebracht. Die von den finanziellen Mitteln her gesehen größte Privat-Stiftung der Welt, die 'Melinda und Bill Gates-Foundation', ist beispielsweise einer der größten Geldgeber für die Weltgesundheitsorganisation. Daher ist die

WHO, so Werner Rügemer, nicht mehr dem verpflichtet, was eigentlich ihr ursprünglicher Auftrag gewesen sei, nämlich dem nicht-verhandelbaren Gut "Volks Gesundheit" – einem Menschenrecht.

[Thomas Kruchem](#), Jg. 1954, arbeitet als Journalist, Autor, Referent und Consultant vorwiegend zu Fragen der Entwicklungspolitik mit den Schwerpunkten Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit. Kruchem erhielt viermal den Medienpreis Entwicklungspolitik des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Paul Robert Vogt: **Interview zum Thema Corona**

Der Schweizer Herzchirurg Prof. Vogt erläutert im Interview (35 Min.) eindrucksvoll und kenntnisreich, dass bei der Ausbreitung des Virus in Europa anfangs [vermeidbare Fehler gemacht wurden, trotz mehrerer Epidemie-Studien und -Simulationen in den letzten 20 Jahren](#). Deshalb konnte es sich stärker als nötig ausbreiten und hat den "Lockdown" auch in dem bekannten Ausmaß erforderlich gemacht. Der "Lockdown" muss nun aus praktischen Gründen schrittweise gelockert, aber auch medizinisch-analytisch begleitet werden, weil man nicht weiß, wie es sich entwickeln wird.

Das Virus stammt mit hoher Wahrscheinlichkeit aus dem Tierreich und ist eine bislang unbekannte Art, die nicht mit bisherigen Grippeviren gleichzusetzen ist. Es wird inzwischen deutlich, dass das Virus auch bei den genesenen Menschen Langzeitschäden hinterlassen kann.

Prof. Vogt betont ausdrücklich, wie wichtig es ist, Medizin und Forschung einerseits und politische Entscheidungen andererseits voneinander zu trennen. Er begrüßt die gute Informationspolitik Chinas und bedauert die arrogante Haltung des Westens gegenüber den asiatischen Ländern. Vogt plädiert für internationale Zusammenarbeit auf fachlichem Gebiet und verurteilt das "China-bashing".

Es gibt viele unterschiedliche Experten-Äußerungen zu Corona. Eine abschließende Beurteilung dieses Virus und der CoVid-19-Erkrankung halten wir derzeit für nicht möglich. (Red.)

[Paul Robert Vogt](#), Jg. 1957, Facharztausbildung für Herz- und spezielle Gefäßchirurgie; 10 Jahre als Herzchirurg tätig, seit 1997 als Privatdozent, Gastprofessor, Klinischer Direktor und Chefarzt tätig; [seit 2006 im 'HerzGefäßZentrum' Zürich tätig](#); seit 2006 über [eigene Stiftung international vor allem in China, Vietnam, Myanmar u.a. tätig als praktizierender Chirurg und als ehrenamtlicher Helfer bei der Ausbildung von Ärzten](#). (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Gerald Oberansmayr: **Von der Gesundheits- zur Demokratiekrise?**

Der von den EU-Führern geschmähte Nationalstaat hat sich prinzipiell als handlungsfähig beim Kampf gegen die Ausbreitung des Corona-Virus und hilfreich für die Menschen erwiesen. Die EU-Eliten wollen diesen Machtverlust nicht hinnehmen und die Corona-Krise nutzen, um ihre Macht zu restaurieren. Dazu wollen sie, so Gerald Oberansmayr, den Euro bzw. die durch die Krise notwendige Verschuldung der Nationalstaaten nutzen. Wenn die Mitgliedstaaten dem Diktat des internationalen Finanzmarktes ausweichen wollen, werden sie [sich an den ESM wenden und damit die reale Macht an die EU-Kommission abgeben](#) müssen. EU-Binnenmarkt und Währungsunion werden aus der Gesundheitskrise eine Staatsschuldenkrise machen.

Nach Oberansmayr ist zu befürchten, dass die deutschen Eliten die Gesundheitskrise am besten nutzen, um ihre Hegemonie in der EU zu festigen und direkte Durchgriffsrechte auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU-Staaten zu erlangen.

[Gerald Oberansmayr](#) ist Journalist und Mitarbeiter der 'Werkstatt für Frieden und Solidarität' in Linz/Österreich. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Interview mit Wilhelm Langthaler: **Italien: “Die deutsche Erpressung: EZB-Schuldenkauf gegen ESM-Durchgriffsrechte“**

Das Interview beschreibt die innenpolitische Situation Italiens: das politische Kräfteverhältnis der Parteien untereinander und die Stimmung unter den Menschen. Weiterhin wird die Auswirkung der Corona-Krise auf die vorher schon bestehenden Schwierigkeiten im sozialen und finanzpolitischen Bereich aufgezeigt, sowie die sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die herrschenden Eliten, ihre wankende Macht zu stabilisieren. [Die Bedeutung der EU und ihrer neuerlichen Beschlüsse zur vermeintlichen Rettung der Volkswirtschaft](#) und die früheren Auswirkungen der Austeritätspolitik auf den Gesundheitssektor werden aufgezeigt. Ausblick des Interviewten: Entweder wird Italien, wie Griechenland, unter die Knute genommen oder aber ein Austritt aus der EU und eine Rückgewinnung der nationalen Souveränität ist nötig.

Wilhelm Langthaler, Jg. 1969, studierte Elektrotechnik und Philosophie, arbeitet im Industriebau. Politischer Aktivist gegen die ungerechte Weltordnung insbesondere gegen imperiale Kriege (Irak, Jugoslawien, Palästina, Afghanistan, etc.). Zahlreiche Reisen nach Nahost, den Balkan und Asien. Buchautor. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Verhältnis- und Rechtmäßigkeit von Grundrechtseinschränkungen wegen Corona**

Ex-Innenminister Gerhart Baum und der Anwalt Nikolaos Gazeas können sich mit dem NRW-Epidemie-Gesetz vom 10.04.2020 anfreunden, nachdem sich dort ihre Forderungen, dass das Parlament als Kontrollinstanz mitwirkt, keine Zwangsverpflichtungen von Ärzten und Pflegepersonal und keine unbefristeten Maßnahmen zu einer Epidemie formuliert werden, verwirklicht sehen.

Kritisch sehen beide dagegen Gesetzesänderungen auf Bundesebene, die ihrer Meinung nach zu revidieren sind, um sie verfassungsfest zu machen. Beide Kritiker teilen die Sicht, dass es wichtig bleibt [darauf zu achten, dass mit solchen Gesetzen “kein neuralgisches Einfallstor auch für Grundrechtseingriffe in der Zukunft“ geschaffen wird](#). Sie teilen auch die Sorge, dass in der Bevölkerung eine gewisse Neigung zu erkennen sei, “sich einer verstärkten Daseinsvorsorge in jeder Hinsicht auszuliefern“. Jede Maßnahme sei darauf hin zu überprüfen, ob sie aktuell erforderlich und verhältnismäßig ist. Der flächendeckende staatlich angeordnete Zwang zur Nutzung der Corona-App widerspreche der Verfassung. Aber eine staatliche Auflage für Betreiber bestimmter Einrichtungen, eine freiwillige anonymisierte Corona-App zu nutzen, sei grundsätzlich verfassungsgemäß, sofern keine lebensnotwendigen Einrichtungen betroffen sind. Allein Risikogruppen das Betreten bestimmter Räumlichkeiten (z.B. Restaurants) grundsätzlich zu verbieten, geht aus Gründen der Gleichbehandlung nicht; jeder habe das Recht sich selbst zu gefährden.

Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, findet: [Sofern eine Regelung wesentliche Grundrechte beschränkt, könnte eine Verordnung als Rechtsgrundlage nicht ausreichen](#). Das betreffe streng genommen alle 16 Verordnungen der Bundesländer zur Eindämmung der Corona-Pandemie, die seit Mitte März den Alltag der Bürger mitprägen. Was am Anfang wegen der besonderen Notlage noch angemessen war, werde – je länger die Maßnahmen andauern – immer problematischer. Es müsse erst noch geklärt werden, “[ob diese Eingriffe wirklich rechters waren](#)“, ob sie zulässig oder etwa unverhältnismäßig waren, und ob diese Grundrechtsbeschränkungen hinreichend durch ein Gesetz des Parlamentes abgedeckt sind“. Das seien bisher alles Entscheidungen der Exekutive, von Landesregierungen und untergeordneten Behörden.

Papier geht davon aus, dass wir “den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit bislang als noch gewahrt ansehen müssen“. Es gehe nicht darum, dass die Politik sich für Lockerungsmaßnahmen

rechtfertigen müsse. Vielmehr müsse von staatlicher Seite gerechtfertigt werden, dass die Beschränkungen aufrechterhalten werden. Das Ziel, die Gesundheit und das Leben der Menschen zu schützen, "rechtfertigt nicht jedwede Beschränkung der Freiheitsrechte. Das muss in einem angemessenen Verhältnis stehen."

Der Deutsche Richterbund findet, dass unsere [Demokratie und unsere Gewaltenteilung auch in Corona-Zeiten](#) funktionieren.

[Inhalt](#) ↑

- Mehr Demokratie e.V.: **Corona - Das Virus und die Demokratie: Unsere Forderungen**

Der Verein ['Mehr Demokratie' formuliert 12 Forderungen zu der aktuellen Demokratie-Gefährdung](#) durch die Corona-Maßnahmen. Zu jeder Forderung wird im Link Genauereres ausgeführt.

1. Die Parlamente sind legitimiert, zu entscheiden. Das muss so bleiben!
2. Verordnungen und Gesetze befristen
3. Parlamentarische Diskussion öffentlich führen
4. Beratungsgremien breit besetzen
5. Bürger einbinden
6. Transparenz sichern
7. Entscheidungen und deren Grundlagen müssen nachvollziehbar sein
8. Versammlungs- und Demonstrationsrecht erhalten
9. Freie Religionsausübung nicht pauschal unterbinden
10. Datenschutz beachten

In der öffentlichen Debatte gibt es viele andere Forderungen, die zum Teil weiter gehen, zum Teil weniger fordern. Wir sehen in diesem Forderungsblock einen gemeinsamen Nenner, auf den sich viele Demokraten einigen könnten. (Red.)

[Mehr Demokratie e.V.](#), überparteiliche und gemeinnützige Nichtregierungsorganisation, tritt dafür ein, dass Bürger das Recht wahrnehmen können, wichtige Fragen selbst zu entscheiden, wenn sie das wollen – in Gemeinden, in den Bundesländern, auf Bundesebene und in der EU. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Fischer: **Dezentrale Organisation und Produktion zum Wohle aller – nicht nur in Notzeiten**

Nach Christian Fischer führt uns allen die aktuelle Situation der Corona-Pandemie die gegenseitige Abhängigkeit menschlichen Lebens vor Augen und wirft damit auch grundsätzliche Fragen auf: Die Grenzenlosigkeit des Virus sei die eine Sache, die Problematik der Konzentration, Monopolisierung und Zentralisierung unserer wirtschaftlichen Produktion eine andere. Fischer stellt fest: [Die seit längerer Zeit stattfindende Zentralisierung im politischen und gesellschaftlichen Leben bringt eine Gefährdung der Grundversorgung mit sich](#). Hierzu fragt er: "Warum können wir nicht lebensnotwendige Produktionen und Dienstleistungen auf kommunaler oder regionaler Ebene im Sinne einer Grundversorgung unterstützen, ja, gegebenenfalls auch mit Steuermitteln, wenn wir 'systemrelevante' Banken mit Milliarden unterstützen konnten?" Und er stellt fest: "Eine dezentralere Wirtschaftsorganisation für grundlegende Dienste und Güter führt nicht nur zu mehr Flexibilität in der Krise, sondern auch zu mehr Gerechtigkeit im Normalfall". Fischer fordert zum Umdenken auf.

In der Schweiz sind die staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft während der Corona-Krise so rasch und unbürokratisch beschlossen und umgesetzt worden wie wohl in keinem anderen Land. [Das liegt an der Kleinräumigkeit, aber vor allem auch an der inneren Organisation dieses Landes.](#) Drei wesentliche Elemente dafür sind: die direkte Demokratie, der Föderalismus und der Korporatismus (Kooperation diverser Interessengruppen zwischen Staat und Privatwirtschaft). Mit diesem "Dreigestirn" ist auch ein Vertrauensverhältnis zwischen verantwortlichen Entscheidungsträgern gegeben, welches gute Entscheidungen und ihre rasche Umsetzung ermöglicht und den wirtschaftlichen Schaden der Krise weitestmöglich abfedert. Andere Länder registrieren das mit Hochachtung.

Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt](#) 